

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(31. - öffentliche - Sitzung am 5. April 2019)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu der von der Europäischen Kommission untersagten Fusion der auch mit niedersächsischen Standorten betroffenen Unternehmen Alstom und Siemens**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Neuregelung der Betriebsbeschränkungen für den Flughafen Hannover-Langenhagen“**

Der Ausschuss nahm den Antrag einstimmig an und beschloss, sich in einer der nächsten Sitzungen mündlich unterrichten zu lassen.

3. **Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für Sek II jetzt!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2576](#)

hierzu: Eingabe 00747/06/18

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen, zu der die beiden großen Fraktionen jeweils drei und die drei kleinen Fraktionen jeweils einen Anzuhörenden bis zur nächsten Sitzung gegenüber der Landtagsverwaltung benennen sollen.

4. **Niedersächsisches Rüstungsindustrie-Kataster**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3256](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er beschloss, sich durch die Landesregierung in einer der nächsten Sitzungen unterrichten zu lassen.

5. **Digitales Bauen in Niedersachsen voranbringen - Potenziale des Building Information Modelings (BIM) nutzbar machen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3260](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen und nahm als Termin dafür die Sitzung am 24. Mai 2019 in Aussicht. Die beiden großen Fraktionen sollen jeweils zwei Anzuhörende und die drei kleinen Fraktionen jeweils einen Anzuhörenden gegenüber der Landtagsverwaltung benennen.

6. **Technologieoffenheit muss die Maxime der Politik bleiben!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3253](#)

Der - federführende - Ausschuss beschloss, sich durch die Landesregierung in einer der nächsten Sitzungen unterrichten zu lassen. Ferner bat er den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Antrages gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT Stellung zu nehmen.

7. **Verschiedenes**

Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten und Verfahrensfragen.